



Für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtgebieten
Zellerau, Mainviertel, Nikolausberg und Steinbachtal

zellerauer kurier

Solidarität mit der Ukraine

Nr. 116, Februar 2024

48. Politischer Aschermittwoch der Zellerauer SPD

14. Februar 2024, 19 Uhr

Gaststätte „Zur Zeller Au“, Wredestraße 23

Klimafreundliches und bezahlbares Heizen in der Zukunft

Diskussion mit

Dr. Christian Göpfert, Stabsstelle Klima und Nachhaltigkeit, Stadt Würzburg

Christian Dinkel, Kaminkehrer-Innung Unterfranken

und

Volkmar Halbleib, Mitglied des Bayerischen Landtags (MDL)

Der „Zeller Au“-Wirt bietet bereits ab 18 Uhr ein leckeres Aschermittwochsessen an.

Was haben wir erreicht und was wollen wir

Die SPD hat mehr Fortschritt versprochen. Dieses Versprechen löst die SPDgeführte Bundesregierung ein. Zwei Drittel der Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag sind bereits entweder umgesetzt oder mit der Umsetzung begonnen. Und dies trotz vieler unvorhersehbarer Krisen, mit denen die Regierung von Anfang an zu kämpfen hatte.

Klimaschutz und Energie

Die Weichen dafür, dass Deutschland 2045 klimaneutral ist, sind gestellt. Der **Ausbau der erneuerbaren Energien** wird deutlich beschleunigt. Investitionen in Schienen und Infrastrukturprojekte wie Windparks und Stromnetze werden erhöht und massiv beschleunigt. Seit Mai 2023 gibt es das **Deutschlandticket**.

Mit den **Energiepreisbremsen** wurden 2023 die Kosten für Gas, Fernwärme und Strom gedeckelt, im Juli 2022 die EEG-Umlage abgeschafft und ab Oktober 2022 bis März 2024 die Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme abgesenkt. 2022 wurden Energiepreispauschalen, Einmalzahlungen und Heizkostenzuschüsse ausgezahlt.

Politik für Familien

2023 wurde das **Kindergeld** deutlich erhöht. Der Kinderzuschlag für Familien mit geringem Einkommen wurde 2023 und 2024 erhöht. 2022 erhielten alle Eltern einen Kinderbonus. Ab 2025 soll die **Kindergrundsicherung** Leistungen für Familien wie Kindergeld, Kinder-

zuschlag sowie weitere Unterstützung aus dem Bürgergeld für Kinder zusammenfassen. Familien sollen sie digital bei nur einer einzigen Anlaufstelle beantragen können. Bis sie eingeführt wird, gibt es seit Juli 2022 einen monatlichen Sofortzuschlag für bedürftige Kinder.

2023 und 2024 unterstützt der Bund die Länder mit rund 4 Milliarden € für erweiterte Öffnungszeiten und mehr Personal in **KiTas** und mit über 3 Milliarden € die stufenweise Einführung eines Rechtsanspruchs auf **Ganztagsbetreuung** in der Grundschule.

Soziale Verantwortung

Seit 2023 gibt es das **Bürgergeld**. Weiterbildung und der Erwerb eines Berufsabschlusses stehen im Vordergrund. Die Regelsätze wurden 2023 und 2024 deutlich erhöht. Der Lohnabstand zu einem Haushaltseinkommen bei Mindestlohn bleibt erhalten. Seit 2023 haben mehr Personen Anspruch auf Wohngeld, es wurde deutlich erhöht sowie eine Heizkostenkomponente dauerhaft ins **Wohngeld** integriert.

Pflegegeld, Pflegesachleistungen und die Anzahl der Tage mit Bezug von Pflegeunterstützungsgeld für die Pflege von Angehörigen wurden 2024 erhöht.

Arbeit und Weiterbildung

2023 und 2024 wurden bei der Lohn- und Einkommensteuer der **Grundfreibetrag** und der **Kinderfreibetrag** sowie 2022 die **Fernpendlerpauschale**

erhöht und seit 2023 können Rentenbeiträge voll von der Steuer abgesetzt werden. Zum 1. Oktober 2022 wurde der gesetzliche **Mindestlohn** auf 12 € pro Stunde erhöht, ab 2024 ist er auf 12,41 € gestiegen.

Die **Weiterbildungsförderung** wird ab April 2024 auf alle Betriebe ausgeweitet und mit dem **Qualifizierungsgeld** ein neues Förderinstrument für Beschäftigte eingeführt, denen durch den Strukturwandel der Verlust ihrer Arbeitsplätze droht.

Mit der **Ausbildungsgarantie** werden junge Menschen stärker dabei unterstützt, eine Ausbildung zu machen. Durch ein modernes Punktesystem wird die **Fachkräfteeinwanderung** erleichtert.

Mehr BAföG für mehr junge Menschen

Ab August 2022 wurde die Förderung für anspruchsberechtigte Schüler*innen und Studierende deutlich erhöht. Die Freibeträge vom Einkommen der Eltern wurden stark erhöht, damit haben mehr junge Menschen einen Anspruch.

Die SPD will aber darüber hinaus das BAföG fit machen für die Herausforderungen der Zukunft. Alle sollen dieselben Chancen auf eine gute Ausbildung haben. Getreu dem Ziel der **Chancengleichheit** in der Bildung, mit dem die SPD 1971 das BAföG eingeführt hatte.

Investitionen in die Zukunft

Die SPD will über den Koalitionsvertrag hinausgehend die **Investitionen** in Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung und den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft bis 2030 deutlich auf jährlich 100 Milliarden € erhöhen.

Zur **gerechten Finanzierung** legt die SPD ein Finanzkonzept vor, das 95 % der Steuerzahler*innen entlastet und viele Erben kleiner und mittlerer Vermögen durch eine Erhöhung der Freibeträge bei der Erbschaftssteuer besserstellt.

Multimillionäre und Milliardäre sollen sich dagegen durch eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie alle, die heute die Reichensteuer zahlen, durch eine temporäre Krisenabgabe stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen.

Im Dezember 2023 verstarb
unser langjähriger Genosse

Franz Gugel

im Alter von 88 Jahren

Franz Gugel engagierte sich
jahrzehntelang für Demokratie
und soziale Gerechtigkeit.

Von 1981 bis 1991 war er
Vorsitzender unseres SPD-Ortsvereins.
Auch der Gewerkschaft DPG,
später Ver.di hielt er lange
Jahre die Treue.

Von 2010 bis 2022 führte er als
Obermeister die Fischerzunft Würzburg.

*Wir werden ihm ein
ehrendes Andenken bewahren*

Eine sozial gerechte Wärmewende Klimafreundlich und bezahlbar heizen

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG), auch Heizungsgesetz genannt, und das Wärmeplanungsgesetz sind am 1. Januar 2024 in Kraft getreten. Damit will die SPD-geführte Bundesregierung schrittweise für mehr Klimaschutz im Gebäudebereich sorgen. Bis 2045 soll die Wärmewende vollzogen sein.

Heizungen sollen künftig mit einem Anteil von mindestens 65 % Erneuerbarer Energie betrieben werden. Die Regelungen gelten ab 2024 unmittelbar nur für Neubauten in Neubaugebieten für die ab 1. Januar 2024 ein Bauantrag gestellt wird.

Für die Erstellung der verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung haben Städte mit über 100.000 Einwohnern bis Mitte 2026 Zeit, die restlichen Kommunen bis 2028. Erst wenn diese Pläne in den jeweiligen Gebieten vorliegen,



Unser Landtagsabgeordneter

Volkmar Halbleib

volkmar.halbleib@bayernspd-landtag.de



Bürgerbüro
Semmelstr. 46R
97070 Würzburg
Tel. 5 93 84
volkmar-halbleib.de

Mehr Infos unter: [spd-zellerau.de](https://www.spd-zellerau.de)

Impressum: SPD Zellerau
V.i.S.d.P. Klaus Friedrich
Weißenburgstr. 3
97082 Würzburg

Druck: bonitasprint, Würzburg

gelten die Vorgaben des Gesetzes auch für Bestandsgebäude.

Für den Einbau neuer Heizungen, die mit festen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen betrieben werden, sieht das GEG eine Beratungspflicht vor. Die Beratung soll auf etwaige Auswirkungen der Wärmeplanung sowie auf Kostenrisiken hinweisen. Qualifiziert dafür sind neben Energieberatern etwa Schornsteinfeger, Heizungsinstallateure oder Elektrotechniker.

Der Umstieg auf eine klimafreundlichere Heizung wird vom Staat mit einem Sockelbetrag von 30 % der Investition gefördert. Für Personen mit zu versteuernden Einkommen von bis zu 40.000 € übernimmt der Staat weitere 30 % der Investitionskosten. Wenn die Heizung bis 2028 ausgetauscht wird, werden zusätzliche 20 % übernommen. Allerdings ist eine Maximalförderung von bis zu 70 % der Gesamtkosten festgelegt.

Fördermöglichkeiten für Effizienzmaßnahmen wie Fenstertausch oder Dämmung bleiben erhalten.

Im GEG ist eine neue Modernisierungsumlage verankert. Vermieter können Investitionskosten für den Heizungstausch in Höhe von 10 % auf den Mieter umlegen. Bedingung ist, dass eine staatliche Förderung in Anspruch genommen und die Fördersumme von den umlegbaren Kosten abgezogen wird. Das soll den Vermietern Anreize zum Heizungstausch geben.